



Niederschrift
über die 11/19. Sitzung
des Rates
am Dienstag, 14.02.2023

Ort der Sitzung: **Stadthalle, Villeneuver Straße 5, 53359 Rheinbach**

Beginn: **18:00 Uhr**

Ende: **21:10 Uhr**

Von den Mitgliedern waren
anwesend:

Entschuldigt:

Verwaltung / Gäste:

Bürgermeister

Banken, Ludger

Ratsmitglieder (SPD)

Rohloff, Michael

Erster Beigeordneter

Knauber, Raffael, Dr.

Ratsmitglieder (CDU)

Brozio, Kurt

Burke, Thomas

Hell, Mathias

Knott, Jan (ab TOP 6.1 - 18.10 Uhr)

Pfahl, Ferdinand

Pütz, Markus

Rick, Ilka

Sander, Ulrich

Schneider, Joachim

Schragen, Georg

Thielen, Maureen, Dr.

Weber, Bruno

Wilhelm-Buchstab, Timo, Dr.

Wolf, Oliver

Ratsmitglieder (B'90/Die Grünen)

Seiffert-Schollmeyer, Urte

Technischer Beigeordneter

Bölinger, Torsten

Sachgebietsleiter

Evert, Carsten

Fachgebietsleiter

Grap, Volker

Fachbereichsleiterin

Hoffmann, Daniela

Fachbereichsleiter

Kohlosser, Walter

Fachgebietsleiter

Sauren, Norbert

Schriftführerin

Wilhelm, Sonja

Ratsmitglieder (SPD)

Grünberg, Pia

Kerstholt, Karl Heinrich

Koch, Martina

Krupp, Ute

Lüdemann, Jürgen

Quadflieg, Donata (ab TOP 6.2 - 18:36
Uhr)

Vary, Eva

Wilmers, Georg, Dr.

Ratsmitglieder (UWG)

Huth, Dieter

Josten-Schneider, Silke

Kramme, Hinrich

Meyer, Jörg (bis TOP 7.2 - 19:07 Uhr)

Schüller, Ellen

Specht, Dagmar

Stein, Norbert

Ratsmitglieder (FDP)

Euskirchen, Lorenz

Rentzsch, Jana

Ruland, Sebastian

Ratsmitglieder (B'90/Die Grünen)

Bogert, Stephan

Lenke, Nils, Dr.

Nagel, Axel

Rupprecht, Deborah

Schiebener, Heribert

Steglich, Rita

Tagesordnung

zur 11/19. Sitzung des Rates
am Dienstag, 14.02.2023

TO-Punkt Nr.	Beratungsgegenstand	Vorlagen- Nr.
-----------------	---------------------	------------------

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

1	Verabschiedung von Rats Herrn Hinrich Kramme (UWG)	
2	Einführung von Rats Herrn Axel Wilcke (UWG)	MI/0156/2023
3	Einwohnerfragestunde	
	./.	
4	Bürgeranträge	
	./.	
5	Ortsrecht	
	./.	
6	Allgemeine Angelegenheiten	
6.1	Beschlusscontrolling - Bericht für den Rat der Stadt Rheinbach 2023	MI/0152/2023
6.2	Festlegung des Geschäftskreises der*des Ersten Beigeordneten	BV/1872/2023
7	Finanzangelegenheiten	
7.1	Genehmigung des Forstwirtschaftsplans 2023	BV/1856/2023
7.2	Beratung des Stellenplans 2023	BV/1860/2023
7.2.1	Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90 / Die Grünen vom 06.02.2023 zur Beratung des Stellenplans 2023	AN/0601/2023

7.2.2	Änderungsantrag der UWG-Fraktion vom 07.02.2023 zum Stellenplan; hier: Einrichtung einer Stelle als Friedhofsgärtner	AN/0604/2023
7.2.3	Änderungsantrag der UWG-Fraktion vom 07.02.2023 zum Stellenplan; hier: Einrichtung einer Stelle für einen Architekten / Bauingenieur	AN/0605/2023
7.3	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023	BV/1864/2023
7.3.1	Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90 / Die Grünen vom 06.02.2023 zur Beratung des Haushaltsentwurfs 2023	AN/0602/2023
7.3.2	Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 06.02.2023 zur Beratung des Haushaltsentwurfs 2023	AN/0603/2023
7.4	Ermächtigungsübertragung für Investitionsauszahlungen des Jahres 2022	BV/1865/2023
8	Grundstücksangelegenheiten	
	./.	
9	Bau- und Planungsangelegenheiten	
	./.	
10	Besetzung von Ausschüssen und Gremien	
10.1	Nachbesetzung im Ausschusses für Generationen, Integration und Soziales	BV/1871/2023
10.2	Nachbesetzung im Ausschusses für Standortförderung und Feuerwehr	BV/1884/2023
10.3	Nachbesetzung im Beirat des Glasmuseums	BV/1879/2023
10.4	Nachbesetzung im Büchereirat der öffentlichen Bücherei Sankt Martin	BV/1880/2023
10.5	Nachbesetzung in die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Rheinbach mbH	BV/1881/2023

- | | | |
|------|---|--------------|
| 10.6 | Nachbesetzung in die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW | BV/1882/2023 |
| 10.7 | Nachbesetzung im Regionalbeirat der Kreissparkasse Köln | BV/1883/2023 |
| 10.8 | Wahl der Vertretung der Stadt Rheinbach in der Delegiertenversammlung - Mitgliedergruppen 3 (Städte und Gemeinden) und 5 (Öffentliche Wasserversorgung) des Erftverbandes gemäß § 63 Absatz 2 i. V. m. § 113 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) | BV/1869/2023 |
| 10.9 | Wahl der Vertretung der Stadt Rheinbach in die Mitgliederversammlung der Energieagentur Rhein-Sieg e. V. gemäß § 63 Absatz 2 i. V. m. § 113 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) | BV/1874/2023 |
| 11 | Nachbesetzung des Vorsitzes im Ausschuss für Standortförderung und Feuerwehr gem. § 58 Absatz 5 Gemeindeordnung (GO NRW) | BV/1885/2023 |

12 Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern

- | | | |
|------|--|--------------|
| 12.1 | Antrag der FDP-Fraktion vom 20.01.2023 zur Beantragung von Fördermitteln aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm XII für das Dach des Naturparkzentrums | AN/0600/2023 |
|------|--|--------------|

13 Anfragen nach § 4 Geschäftsordnung

./.

14 Mitteilungen des Vorsitzenden

B) NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

15 Allgemeine Angelegenheiten

- | | | |
|------|---|--------------|
| 15.1 | Beschlusscontrolling - Bericht für den Rat der Stadt Rheinbach 2023 | MI/0154/2023 |
|------|---|--------------|

16 Finanzangelegenheiten

./.

17 Bau, Vergabe- und Planungsangelegenheiten

./.

18 Grundstücksangelegenheiten

./.

19 Personalangelegenheiten

./.

20 Mitteilungen des Vorsitzenden

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

Mündliche Anfragen

Niederschrift	11/19. Sitzung des Rates
Datum	Dienstag, 14.02.2023

Bürgermeister Banken eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Ratsmitglieder. Ebenso begrüßt er die Mitarbeiter*Innen der Verwaltung, die Zuhörer*Innen sowie die Vertreter*Innen der Presse.

Er stellt fest, dass zur heutigen Sitzung frist- und formgerecht mit Schreiben vom 02.02.2023 eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist. Ratsherr Rohloff (SPD) ist entschuldigt und Ratsfrau Quadflieg (SPD) wird sich verspäten.

Mit Schreiben vom 08.02.2023 wurden folgende Vorlagen nachgereicht:

- TOP 6.1 - Beschlusscontrolling - Bericht für den Rat der Stadt Rheinbach 2023
- Änderungsanträge zum Haushalt:
- TOP 7.2.1 - Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 06.02.2023 zur Beratung des Stellenplans 2023
 - TOP 7.2.2 - Änderungsantrag der UWG-Fraktion vom 07.02.2023 zum Stellenplan; hier: Einrichtung einer Stelle als Friedhofsgärtner
 - TOP 7.2.3 - Änderungsantrag der UWG-Fraktion vom 07.02.2023 zum Stellenplan; hier: Einrichtung einer Stelle für einen Architekten / Bauingenieur
 - TOP 10.8 - Wahl der Vertretung der Stadt Rheinbach in der Delegiertenversammlung - Mitgliedergruppen 3 (Städte und Gemeinden) und 5 (Öffentliche Wasserversorgung) des Erftverbandes gemäß § 63 Absatz 2 i. V. m. § 113 Gemeindeordnung NRW (GO NRW)
 - TOP 10.9 - Wahl der Vertretung der Stadt Rheinbach in die Mitgliederversammlung der Energieagentur Rhein-Sieg e. V. gemäß § 63 Absatz 2 i. V. m. § 113 Gemeindeordnung NRW (GO NRW)
 - TOP 15.1 - Beschlusscontrolling - Bericht für den Rat der Stadt Rheinbach 2023 (nichtöffentlicher Teil).

Ebenso nachgereicht wurden die Beschlussempfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.02.2023.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

- 1.) Als Stimmzähler*innen schlägt Bürgermeister Banken die Ratsmitglieder Rita Steglich (Grüne), Lorenz Euskirchen (FDP), Dr. Maureen Thielen (CDU) vor. Einwände werden nicht erhoben.
- 2.) Die folgenden Tagesordnungspunkte werden abgesetzt:
 - TOP 1 - Verabschiedung von Ratsherrn Hinrich Kramme (UWG)
 - TOP 2 - Einführung von Ratsherrn Axel Wilcke (UWG)
 - TOP 10.2 bis 10.7 Nachbesetzungen in den Ausschüssen und Institutionen
 - TOP 11 - Nachbesetzung des Vorsitzes im Ausschuss für Standortförderung und Feuerwehr gem. § 58 Absatz 5 Gemeindeordnung (GO NRW)

Hintergrund ist, dass Ratsmitglied Kramme sein Ratsmandat erst zum 28.02.2023 niederlegen wird. Dies wurde der Verwaltung aber erst nach dem Versand der Unterlagen am 03.02.2023 mitgeteilt.

Niederschrift	11/19. Sitzung des Rates
Datum	Dienstag, 14.02.2023

Weiterhin wird TOP 7.1 - Genehmigung des Forstwirtschaftsplans 2023 abgesetzt, da nach der Zuständigkeitsordnung der Haupt- und Finanzausschuss hierüber abschließend entscheidet.

Ratsherr Schneider (CDU) bittet um Klarstellung, warum entgegen der Mitteilungsvorlage zu TOP 2 – nun die Mandatsniederlegung von Ratsherrn Kramme erst zum 28.02.2023 erfolgen solle. Schließlich könne eine Niederlegung des Ratsmandats nicht widerrufen werden.

Bürgermeister Banken führt aus, dass die Amtsniederlegung zum 10.02.2023 avisiert war, aber noch vor der Umsetzung auf den 28.02.2023 abgeändert wurde.

Der Rat stimmt der geänderten Tagesordnung zu.

Beschluss						
Der Rat stimmt der geänderten Tagesordnung zu.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	*)
NEIN						
ENTHALTUNG						
*) Gemäß § 40 Absatz 2 Gemeindeordnung NRW stimmt der Bürgermeister nicht mit.						

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP	1	Verabschiedung von Ratsherrn Hinrich Kramme (UWG)
-----	---	---

Wie bei der Anerkennung der Tagesordnung beschlossen, ist der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

TOP	2	Einführung von Ratsherrn Axel Wilcke (UWG)
-----	---	--

Wie bei der Anerkennung der Tagesordnung beschlossen, ist der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

TOP	3	Einwohnerfragestunde
-----	---	----------------------

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

Niederschrift	11/19. Sitzung des Rates
Datum	Dienstag, 14.02.2023

TOP	4	Bürgeranträge
-----	---	---------------

Es liegen keine Bürgeranträge vor.

TOP	5	Ortsrecht
-----	---	-----------

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	6	Allgemeine Angelegenheiten
-----	---	----------------------------

TOP	6.1	Beschlusscontrolling - Bericht für den Rat der Stadt Rheinbach 2023
-----	-----	---

Der Rat nimmt den Beschlusscontrolling – Bericht für den Rat der Stadt Rheinbach 2023 zur Kenntnis.

TOP	6.2	Festlegung des Geschäftskreises der*des Ersten Beigeordneten
-----	-----	--

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) erläutert den Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90 / Die Grünen. Die beiden Parteien möchten am Zuschnitt des Geschäftskreises nichts ändern, sondern die Stelle mit den jetzigen Zuständigkeiten ausschreiben. Schließlich kämen auf den Fachbereich Schule große Aufgaben zu, z.B. Neubau der Schule in Flerzheim, die Umsetzung des rechtlichen Anspruchs auf Ganztagsbetreuung usw.. Hierdurch erhoffe man sich, eine attraktive Stelle anbieten zu können. Auch gehöre z.B. das Fachgebiet 01 in den originären Aufgabenbereich des Bürgermeisters und nicht – wie vorgesehen – in den Zuständigkeitsbereich des Ersten Beigeordneten.

Ratsherr Hell (CDU) unterstützt die Ausführungen von Ratsherrn Dr. Lenke (Grüne). Er könne sich sogar vorstellen, die Stelle nur für einen Juristen auszuschreiben. Was ihm aber fehle, sei eine inhaltliche Begründung, warum zwingend ein neuer Zuschnitt des Geschäftskreises des Ersten Beigeordneten erforderlich sei. Auch sei ihm keine Institution bekannt, bei der das Thema Öffentlichkeitsarbeit nicht unmittelbar bei der Leitung angesiedelt sei. Ebenso müssen die Aufgaben der Gremiensteuerung und das Ratsbüro in der Zuständigkeit des Bürgermeisters bleiben.

SPD, UWG und FDP sprechen sich für den Vorschlag der Verwaltung aus.

Bürgermeister Banken macht deutlich, dass dieses Verfahren grundsätzlich dem Rat obliege und im Einvernehmen mit dem Bürgermeister durchgeführt werden müsse. Er habe daher den heutigen Beschluss vorbereitet und zur Diskussion gestellt. Auf die Ausführungen der Ratsmitglieder Dr. Lenke (Grüne) und Hell (CDU) bezogen macht Bürgermeister Banken deutlich, dass er die Änderung des Geschäftskreises gerade deshalb vorschlage, um die Fachbereiche neu aufzuteilen, nachdem die Stelle eines Technischen Beigeordneten

Niederschrift	11/19. Sitzung des Rates
Datum	Dienstag, 14.02.2023

eingrichtet wurde. Im Übrigen ändere die Zuordnung der Öffentlichkeitsarbeit und Gremiensteuerung zum Bereich der*des Beigeordneten nichts daran, dass er als Bürgermeister auch hier regelmäßig das Letztentscheidungsrecht habe.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, betont Bürgermeister Banken, dass er weiterhin zum Beschlussvorschlag der Verwaltung stehe und dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen nicht zustimmen werde. Das bedeutet, dass der Rat die Entscheidung gemäß § 73 Absatz 1 Satz 2 der Gemeindeordnung NRW mit der qualifizierten Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder, das sind 21 Stimmen, treffen könne. Er selbst stimmt gemäß § 73 Absatz 1 Satz 3 Gemeindeordnung NRW nicht mit.

Da Ratsfrau Koch (SPD) die geheime Abstimmung beantragt hat, lässt Bürgermeister Banken über den Änderungsvorschlag geheim abstimmen.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt

JA	17
NEIN	21
ENTHALTUNG	0

Damit ist der Antrag von CDU und Grüne abgelehnt.

Ratsherr Pütz (CDU) bezweifelt die Zulässigkeit der Abstimmung von Ratsfrau Quadflieg (SPD). Schließlich habe sie erst während des Abstimmungsprozesses den Sitzungssaal betreten und wurde trotzdem zur Stimmabgabe aufgerufen.

Bürgermeister Banken erläutert, dass der Abstimmungsvorgang noch nicht beendet war, sagt aber eine kommunalrechtliche Überprüfung zu. *[Hinweis: Das Ergebnis der kommunalrechtlichen Überprüfung hat ergeben, dass der Abstimmungsvorgang nicht zu beanstanden ist.]*

Nun lässt Bürgermeister Banken über die Vorlage der Verwaltung abstimmen, dafür reiche aber die einfache Mehrheit.

Auch hier beantragt Ratsfrau Koch (SPD) die geheime Abstimmung.

Niederschrift	11/19. Sitzung des Rates
Datum	Dienstag, 14.02.2023

Beschluss							
<p>Der Geschäftskreis der*des Ersten Beigeordneten wird entsprechend der Vorlage festgelegt und die Verwaltung beauftragt, die als Anlage beigefügte Stellenausschreibung vorzunehmen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt</p> <table border="1"> <tr> <td>JA</td> <td>22</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td>16</td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td>0</td> </tr> </table>		JA	22	NEIN	16	ENTHALTUNG	0
JA	22						
NEIN	16						
ENTHALTUNG	0						

TOP	7	Finanzangelegenheiten
-----	---	-----------------------

TOP	7.1	Genehmigung des Forstwirtschaftsplans 2023
-----	-----	--

Wie bei der Anerkennung der Tagesordnung beschlossen, ist der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

TOP	7.2	Beratung des Stellenplans 2023
-----	-----	--------------------------------

Zuerst lässt Bürgermeister Banken über die vorliegenden Änderungsanträge beraten und abstimmen.

TOP	7.2.1	Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 06.02.2023 zur Beratung des Stellenplans 2023
-----	-------	--

In der Runde der Fraktionsvorsitzenden wurde folgender modifizierter Beschlussvorschlag erarbeitet: die Stelle „Leiter des Kulturzentrums“ bleibt bestehen und kann bis EG 13 TVöD nachbesetzt werden. Entgegen dem Vorschlag der Verwaltung wird eine Stelle mit der Wertigkeit EG 11 TVöD eingerichtet, die sich dann den Schwerpunktthemen Tourismus, Veranstaltungen, Marketing etc. widmet.

Da alle Fraktionen diesem Vorschlag zustimmen, lässt Bürgermeister Banken über diesen abstimmen.

Niederschrift	11/19. Sitzung des Rates
Datum	Dienstag, 14.02.2023

Beschluss																																		
<p>Die Leitung des Kulturzentrums (Glasmuseum, Römer-Kanalinfozentrum, Naturpark und Stadttheater) bleibt bestehen und kann bis EG 13 TVÖD nachbesetzt werden. Weiterhin wird eine zusätzliche Stelle mit der Dotierung EG 11 TVÖD für den Bereich Tourismus, Veranstaltung, Marketing etc. eingerichtet.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1" data-bbox="213 607 1158 781"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>								CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																												
JA	X	X	X	X	X	X																												
NEIN																																		
ENTHALTUNG																																		

TOP	7.2.2	Änderungsantrag der UWG-Fraktion vom 07.02.2023 zum Stellenplan; hier: Einrichtung einer Stelle als Friedhofsgärtner
-----	-------	--

Die SPD-Fraktion werde diesen Antrag unterstützen, so Ratsfrau Koch (SPD).

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) sowie seine Fraktion tragen den Antrag nicht mit. Es werden in anderen Bereichen ein höherer Bedarf und höhere Priorität gesehen.

Vor dem Hintergrund, dass ohnehin schon eine Anzahl offener Stelle im Betriebshof vorhanden seien, bezweifelt Ratsherr Hell (CDU) ob die Stelle überhaupt besetzbar wäre. Deshalb werde die CDU-Fraktion nicht zustimmen.

Ratsfrau Rentzsch (FDP) schließt sich für die FDP-Fraktion diesen Einschätzungen an.

Daraufhin zieht Ratsherr Huth (UWG) den Antrag zurück.

TOP	7.2.3	Änderungsantrag der UWG-Fraktion vom 07.02.2023 zum Stellenplan; hier: Einrichtung einer Stelle für einen Architekten / Bauingenieur
-----	-------	--

Ratsherr Hell (CDU) sieht einen grundsätzlichen Bedarf für diese Stelle. Er plädiert jedoch dafür, noch keine Entscheidung zu treffen. Zuerst sollte - wie im Haupt- und Finanzausschuss entschieden - die Ergebnisse der Arbeitsgruppe, die sich mit der Priorisierung der Investitionen beschäftigen soll, abgewartet werden. Erst dann könne entschieden werden, ob überhaupt ein Bedarf für eine solche Stelle bestehe. Der Stellenplan könne dann unterjährig angepasst werden.

Niederschrift	11/19. Sitzung des Rates
Datum	Dienstag, 14.02.2023

Damit erklärt sich Ratsherr Huth (UWG) nicht einverstanden. Zurzeit sei der Hochbau nicht in der Lage, die Investitionen zeit- und fachgerecht abzarbeiten, weil Personal fehle. Deshalb sei die Stelle dringend erforderlich.

Da zurzeit eine Ausschreibung für den Hochbau laufe, schlägt Ratsherr Lenke (Grüne), vor, aus diesem Pool zwei Stellen zu besetzen, wenn die Arbeitsgruppe den Bedarf sehe. So werde auch keine Zeit verloren.

Bürgermeister Banken schlägt als Kompromiss vor, dass die Stelle heute in den Stellenplan aufgenommen wird. Allerdings erfolge die Besetzung erst, wenn die Arbeitsgruppe getagt und den Bedarf festgestellt hat.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt Bürgermeister Banken über seinen Kompromissvorschlag abstimmen.

Beschluss																																		
<p>Im Fachgebiet 65 wird eine Stelle für einen Architekten / Bauingenieur mit der Dotierung A 11 / A 12 eingerichtet. Eine Besetzung erfolgt erst, wenn die Arbeitsgruppe getagt und den Bedarf festgestellt hat.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>								CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	X	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																												
JA	X	X	X	X	X	X																												
NEIN																																		
ENTHALTUNG																																		

Danach lässt Bürgermeister Banken über den Stellenplan 2023 abstimmen.

Beschluss						
<p>Der vorgelegte Stellenplan 2023 wird mit den folgenden Ergänzungen beschlossen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1.) Die Leitung des Kulturzentrums (Glasmuseum, Römer-Kanalinfozentrum, Naturpark und Stadttheater) bleibt unverändert in der EG 13 TVÖD. Weiterhin wird eine zusätzliche Stelle mit der Dotierung EG 11 TVÖD für den Bereich Tourismus, Veranstaltung, Marketing etc. eingerichtet. 2.) Im Fachgebiet 65 wird eine Stelle für einen Architekten / Bauingenieur mit der Dotierung A 11 / A 12 eingerichtet. Eine Besetzung erfolgt erst, wenn die Arbeitsgruppe getagt und den Bedarf festgestellt hat. 						

Niederschrift	11/19. Sitzung des Rates
Datum	Dienstag, 14.02.2023

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	7.3	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023
-----	-----	---

Zunächst lässt Bürgermeister Banken über die vorliegenden Änderungsanträge beraten und abstimmen.

TOP	7.3.1	Änderungsantrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 06.02.2023 zur Beratung des Haushaltsentwurfs 2023
-----	-------	---

Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen vom 06.02.2023 vor. Bürgermeister Banken lässt über die einzelnen Punkte getrennt beraten und abstimmen.

1. Teilhabe an der Energiegenossenschaft (5.000 €)

Da auch die SPD-Fraktion einen ähnlichen Änderungsantrag gestellt hat, möchte Bürgermeister Banken über beide Anträge beraten und beschließen.

Ratsherr Schiebener (Grüne) lehnt die Festlegung des Betrages, wie von der SPD-Fraktion beantragt, ab. Schließlich solle erst eine Energiegenossenschaft gegründet werden und welche Schwerpunkte gesetzt werden, könne erst später festgelegt werden.

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) erläutert, dass hier lediglich ein Etattitel in einer bestimmten Höhe die Stadt Rheinbach ermächtigen solle, Geld für diesen Zweck auszugeben.

Bürgermeister Banken schlägt folgenden Kompromissvorschlag vor: für die Teilhabe an einer Energiegenossenschaft werden 10.000 € ohne jegliche Zweckbindung in den Haushalt eingestellt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt Bürgermeister Banken über seinen modifizierten Beschlussvorschlag abstimmen.

Niederschrift	11/19. Sitzung des Rates
Datum	Dienstag, 14.02.2023

Beschluss						
Für die Teilhabe an einer Energiegenossenschaft werden 10.000 € ohne jegliche Zweckbindung in den Haushalt eingestellt.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X		X
NEIN						
ENTHALTUNG					X	

2. Konzept Umsetzung Freizeitpark (40.000 €)

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) steht diesem Antrag grundsätzlich positiv gegenüber, gibt aber zu bedenken, dass zuerst die Priorisierung der Investitionen anstehe. Deshalb werde die SPD-Fraktion zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Antrag ablehnen.

Auch die FDP-Fraktion werde diesen Antrag ablehnen, so Ratsherr Ruland (FDP). Bei einer Priorisierung sehe die FDP diesen Antrag momentan als nicht zwingend notwendig an.

Ratsherr Huth (UWG) sieht eine gegenwärtige Umsetzung ebenfalls nicht. Wenn die Arbeitsgruppe Investitionen eine Priorisierung vorgenommen hat, welche Maßnahmen wann umgesetzt werde, werde die UWG diesen Antrag gerne unterstützen.

Beschluss						
Eine Entlastung der Verwaltung sowie zusätzliche Expertise bei der Konzeption soll durch das Hinzuziehen eines Landschaftsarchitekten erfolgen.						
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt bei Gegenstimmen der Fraktionen von SPD, UWG und FDP sowie Bürgermeister Banken						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	14			6		
NEIN		8	6		3	1
ENTHALTUNG						

Niederschrift	11/19. Sitzung des Rates
Datum	Dienstag, 14.02.2023

3. Einleiten Bürgerinformation und -beteiligung zur Hauptstraße (20.000 €)

Bürgermeister Banken informiert, dass sich kürzlich die interessierten Firmen vorgestellt haben. Im nächsten Haupt- und Finanzausschuss solle über die Vergabe entschieden werden. Ein hervorgehobener Punkt wird für den gesamten Bereich die Öffentlichkeitsarbeit sein. Hierfür seine 50.000 € veranschlagt worden.

Aufgrund dieser Information zieht Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) diesen Antrag zurück.

4. Energetische Sanierung (50.000 €)

Obwohl im Haushalt 2023 bereits 375.000 € für Maßnahmen zur energetischen Sanierung eingestellt seien, solle dieser Antrag aufrecht erhalten bleiben, so Ratsherr Dr. Lenke (Grüne). Es sollen zusätzlich 50.000 € eingestellt werden, für ganz konkrete zusätzliche Schritte, um Dinge zu beschleunigen, wie z.B. ein Gutachten einzuholen, ob der Schulkomplex Dederichsgraben saniert werden kann oder nicht.

Die SPD- und FDP Fraktion werden dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen. Zwar werde die energetische Sanierung begrüßt, aber aufgrund von Spareffekten sollten die bereits eingestellten 375.000 € ausreichen.

Beschluss						
<p>Wie bereits im letzten Jahr sollen in der Verwaltung Mittel zur Verfügung stehen, um kurzfristig anfallende Energetische Sanierungen im Rahmen ohnehin laufender Maßnahmen durchführen zu können. Außerdem können die Mittel beispielsweise für ein Gutachten zur Möglichkeit energetischer Sanierung der Schulen genutzt werden. So verfügt die neu einzurichtende Stelle auch über ein Budget.</p> <p>Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt bei Gegenstimmen der Fraktionen von SPD, UWG und FDP sowie Bürgermeister Banken</p>						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	14			6		
NEIN		8	6		3	1
ENTHALTUNG						

Niederschrift	11/19. Sitzung des Rates
Datum	Dienstag, 14.02.2023

5. Kopierkosten (-5.000 €)

Die Verwaltung informiert, dass aus diesem Titel u.a. die Miete und Leasing für die Etagenkopierer und die Druckstraße sowie die dazugehörigen Verbrauchsmaterialien bezahlt werden. Der Einkauf von Papier sei nicht enthalten.

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) möchte den Antrag aufrechterhalten, um ein Denk- und Analyseprozess zur Digitalisierung in Gang zu setzen. Die zunehmende Digitalisierung der Schulen und auch der Ratsarbeit müssten sich in den Kopierkosten der Stadt bemerkbar machen.

Beschluss						
Die Kopierkosten werden um -5.000 € gesenkt.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung von Ratsherrn Kramme (UWG)						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	14	8	5	6	3	1
NEIN						
ENTHALTUNG			1			

6. Verlustausgleich WFEG (-100.000 €)

Laut Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen seien aus kaufmännischer Vorsicht 400.000 € Verlustausgleich für die WFEG im Haushaltsentwurf vorgesehen. In den letzten Jahren war kein Verlustausgleich zu leisten, insofern könne der Ansatz zumindest um 100.000 € reduziert werden.

Beschluss						
Der Ansatz zum Verlustausgleich der WFEG wird um 100.000 € reduziert.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

Niederschrift	11/19. Sitzung des Rates
Datum	Dienstag, 14.02.2023

7. Aufhebung des Beschlusses HFA vom 26.09.2011 zum Unterhalt der Wirtschaftswege

Ratsherr Hell (CDU) erläutert, dass der Beschluss längst hätte aufgehoben werden müssen, da dieser die Verwaltung in der Qualität der Instandsetzung der Wald-, Forst- und Wirtschaftswege binde und keine weitere Verschlechterung dieser Infrastruktur in Kauf genommen werden können. Es wurde bewusst darauf verzichtet, den Titel zu erhöhen. Die Rahmenbedingungen werden im zuständigen Fachausschuss festgelegt.

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) ist der Meinung, dass sich eine heutige Beschlussfassung erübrigt habe, da der Haupt- und Finanzausschuss am 06.02.2023 den Beschluss bereits aufgehoben und die Sachanträge zur Diskussion und Entscheidung in den zuständigen Fachausschuss verwiesen wurden.

Da im Haupt- und Finanzausschuss am 06.02.2023 kein Beschluss gefasst wurde, schlägt Bürgermeister Banken vor, den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.09.2011 aufzuheben und die Rahmenbedingungen im zuständigen Fachausschuss zu beraten.

Da es keine Einwände gibt, lässt Bürgermeister Banken über seinen Vorschlag abstimmen.

Beschluss						
<p>Der Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.09.2011 zur Begrenzung des Erhalts der Wirtschaftswege wird aufgehoben und die Rahmenbedingungen werden im zuständigen Fachausschuss beraten.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltungen der FDP</p>						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X		X
NEIN						
ENTHALTUNG					X	

TOP	7.3.2	Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 06.02.2023 zur Beratung des Haushaltsentwurfs 2023
-----	-------	---

Es liegt auch ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 06.02.2023 vor. Bürgermeister Banken lässt über die einzelnen Punkte getrennt beraten und abstimmen.

Niederschrift	11/19. Sitzung des Rates
Datum	Dienstag, 14.02.2023

1. Energiegenossenschaft

Diese Position wurde mit dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und Grünen zusammengefasst und im vorherigen Tagesordnungspunkt beschlossen.

Beschluss						
Für die Teilhabe an einer Energiegenossenschaft werden 10.000 € ohne jegliche Zweckbindung in den Haushalt eingestellt.						
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X		X
NEIN						
ENTHALTUNG					X	

2. Nullabsenkung von Bordsteinen auf Radwegeverbindungen

Ratsfrau Koch (SPD) schlägt vor, zur Kompensation der 20.000 € aus dem Haushaltstitel 5473010 „Werteveränderungen aus Niederschlagungen“ zu nehmen, weil die Barrieren für Radfahrer abgebaut und vorangetrieben werden sollte.

Ratsherr Ruland (FDP) teilt mit, dass seine Fraktion diesem Punkt nicht zustimmen werde, da diese Maßnahme nicht zwingend erforderlich sei. Er schlägt vor, bei künftigen Umbaumaßnahmen die Bordsteinabsenkung mit zu berücksichtigen, aber keinen extra Titel im Haushalt einzurichten.

Beschluss						
Von den Mitteln des Titels 5221013 Unterhaltung Fahrradinfrastruktur werden 20.000 Euro für ein in 2023 umzusetzendes Aktionsprogramm zur gezielten Nullabsenkung von Bordsteinen auf Radwegeverbindungen verwendet (Zweckbindung).						
Die Kompensation erfolgt aus dem Haushaltstitel 5473010 „Werteveränderungen aus Niederschlagungen“.						

Niederschrift	11/19. Sitzung des Rates
Datum	Dienstag, 14.02.2023

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und
bei Stimmenthaltung von Ratsfrau Rupprecht (Grüne)**

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	14	8	5	5		1
NEIN						
ENTHALTUNG				1	3	

3. Umbenennung der Stelle im Fachgebiet 60

Dieser Punkt wurde bereits im Haupt- und Finanzausschuss beraten.

4. Appell an die Landesregierung

Ratsherr Lenke (Grüne) ist der Meinung, dass dieser Appell uns hier in Rheinbach nicht weiterbringt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt Bürgermeister Banken gemeinsam über die drei vorgelegten Punkte abstimmen.

Beschluss	
	<p>Der Rat der Stadt Rheinbach appelliert an die Landesregierung,</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die geltende Rechtslage so zu verändern, dass Rheinbacher Schüler*innen nicht mehr an Rheinbacher Schulen zu Gunsten auswärtiger Schüler*innen abgelehnt werden müssen mit der Folge, dass die Kosten im städtischen Haushalt für den Schülerspezialverkehr 2023 sprunghaft ansteigen, weil in Rheinbach abgelehnte Schüler*innen aus Rheinbach nun zu auswärtigen Schulen weit fahren müssen; b) die Ankündigung, ein weiteres Kita-Jahr beitragsfrei zu stellen, in 2023 umzusetzen, was den allergrößten Teil der Erhebungs- und Abrechnungsbürokratie der Elternbeiträge mit den damit verbundenen Kosten in Rheinbach überflüssig machen würde; c) die Straßenausbaubeiträge auch in NRW komplett abzuschaffen, wodurch der erhebliche Aufwand in Rheinbach für die Erhebungs- und Abrechnungsbürokratie entfallen würde, der nochmals gesteigert wurde durch ein jüngst eingeführtes Förderprogramm mit einem zusätzlichen Fördertopf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
gegen die Stimmen der CDU und Grüne
bei Stimmenthaltung der Ratsfrau Josten-Schneider,
Ratsfrau Schüller, Ratsfrau Specht, Ratsherrn Stein und
Ratsherrn Kramme (alle UWG)

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA		8			3	
NEIN	14		1	6		1
ENTHALTUNG			5			

Anschließend nehmen die Ratsfraktionen zu dem Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 in Form der Haushaltsreden Stellung. Die Haushaltsreden werden geordnet nach Fraktionsstärke im Rat, bei gleicher Stärke nach alphabetischer Reihenfolge gehalten und der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Da es keine weiteren Wortbeiträge gibt, lässt Bürgermeister Banken über die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 abstimmen.

Beschluss

Der Rat beschließt

- unter Einschluss der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen der Nachberatungsliste (Anlage 1) und
- der zusätzlichen Änderungen durch beschlossene Anträge der Fraktionen und
- der aus diesen Änderungen resultierenden Anpassungen bei den Ansätzen der Kreditwirtschaft (Kreditaufnahme, Tilgung und Zinsaufwand), des Abschreibungsaufwands und der Entnahme aus der Ausgleichsrücklage

die durch den Haupt- und Finanzausschuss am 06.02.2023 empfohlene Haushaltssatzung nebst Anlagen für das Haushaltsjahr 2023.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
gegen die Stimmen der FDP-Fraktion

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X		X
NEIN					X	
ENTHALTUNG						

Eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Priorisierung der Investitionen wird gebildet, an der auch die Verwaltung beteiligt sein wird. Die Arbeit wird in der ersten Jahreshälfte 2023 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP 7.4 Ermächtigungsübertragung für Investitionsauszahlungen des Jahres 2022

Beschluss

Den Ermächtigungsübertragungen 2022 für Investitionen gemäß § 22 Kommunalhaushaltsverordnung wird auf der Grundlage der vorgelegten Liste, ohne die Ermächtigungsübertragung der Investitionsnummer INV22-0009, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP 8 Grundstücksangelegenheiten

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP 9 Bau- und Planungsangelegenheiten

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

Niederschrift	11/19. Sitzung des Rates
Datum	Dienstag, 14.02.2023

TOP	10	Besetzung von Ausschüssen und Gremien
-----	----	---------------------------------------

TOP	10.1	Nachbesetzung im Ausschusses für Generationen, Integration und Soziales
-----	------	---

Beschluss																													
<p>Herr Joachim Diedrichs wird für das Seniorenforum als sachkundiger Einwohner ohne Stimmrecht in den Ausschuss für Generationen, Integration und Soziales gewählt.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> <th>BM</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>*)</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>*) Gemäß § 40 Absatz 2 Satz 5 Gemeindeordnung NRW stimmt der Bürgermeister nicht mit.</p>			CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM	JA	X	X	X	X	X	*)	NEIN							ENTHALTUNG						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM																							
JA	X	X	X	X	X	*)																							
NEIN																													
ENTHALTUNG																													

TOP	10.2	Nachbesetzung im Ausschusses für Standortförderung und Feuerwehr
-----	------	--

Wie bei der Anerkennung der Tagesordnung beschlossen, ist der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

TOP	10.3	Nachbesetzung im Beirat des Glasmuseums
-----	------	---

Wie bei der Anerkennung der Tagesordnung beschlossen, ist der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

TOP	10.4	Nachbesetzung im Büchereirat der öffentlichen Bücherei Sankt Martin
-----	------	---

Wie bei der Anerkennung der Tagesordnung beschlossen, ist der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

Niederschrift	11/19. Sitzung des Rates
Datum	Dienstag, 14.02.2023

TOP	10.5	Nachbesetzung in die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Rheinbach mbH
-----	------	--

Wie bei der Anerkennung der Tagesordnung beschlossen, ist der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

TOP	10.6	Nachbesetzung in die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW
-----	------	---

Wie bei der Anerkennung der Tagesordnung beschlossen, ist der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

TOP	10.7	Nachbesetzung im Regionalbeirat der Kreissparkasse Köln
-----	------	---

Wie bei der Anerkennung der Tagesordnung beschlossen, ist der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

TOP	10.8	Wahl der Vertretung der Stadt Rheinbach in der Delegiertenversammlung - Mitgliedergruppen 3 (Städte und Gemeinden) und 5 (Öffentliche Wasserversorgung) des Erftverbandes gemäß § 63 Absatz 2 i. V. m. § 113 Gemeindeordnung NRW (GO NRW)
-----	------	---

Bürgermeister Banken schlägt vor, dass die Stadt Rheinbach ihre Anteile von 0,4939 an Frau Bürgermeisterin Petra Kalkbrenner (Gemeinde Swisttal) abtritt. Das hätte zur Folge, dass die Gemeinde Swisttal einen weiteren Delegierten entsenden könnte, um hier bessern Einfluss auf die Bewirtschaftung der Flüsse und Bäche nehmen zu können, da die Gemeinde Swisttal sehr stark von der Flut betroffen war.

Ratsherr Schiebener (Grüne) schlägt vor, dass wie bei der Konstituierung des Rates am 02.11.2020 beschlossen, Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) weiterhin Delegierter des Erftverbandes bleibt.

Beschluss

1. Die Stadt Rheinbach entsendet als Delegierte in die **Mitgliedergruppe 3** der Delegiertenversammlung des Erftverbandes:

Mitglieder
1. Torsten Bölinger
2. Dr. Nils Lenke

2. Für die Beitragsteileinheit von 0,4939 schlägt die Stadt Rheinbach zur Wahlversammlung am 23. März 2023 als weitere/n Delegierte/n vor:

Mitglied
3. Petra Kalkbrenner

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
bei Stimmenthaltung von Ratsherrn Kramme (UWG)**

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	14	8	5	6	3	1
NEIN						
ENTHALTUNG			1			

TOP	10.9	Wahl der Vertretung der Stadt Rheinbach in die Mitgliederversammlung der Energieagentur Rhein-Sieg e. V. gemäß § 63 Absatz 2 i. V. m. § 113 Gemeindeordnung NRW (GO NRW)
-----	------	--

Ratsherr Schiebener (Grüne) schlägt Ratsherr Axel Nagel (Grüne) als Mitglied in die Mitgliederversammlung der Energieagentur Rhein-Sieg e.V. vor.

Ratsfrau Koch (SPD) schlägt als Stellvertreter Herr Joachim Steig (SPD) vor.

Niederschrift	11/19. Sitzung des Rates
Datum	Dienstag, 14.02.2023

Beschluss							
Für die Dauer der Wahlzeit des Rates werden zur Vertretung der Stadt Rheinbach in die Mitgliederversammlung des Energieagentur Rhein-Sieg e. V. bestellt:							
	Mitglieder			Stellvertretung			
	1. Torsten Bölinger			Margit Thünker-Jansen			
	2. Axel Nagel			Joachim Steig			
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt							
		CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA		X	X	X	X	X	X
NEIN							
ENTHALTUNG							

TOP	11	Nachbesetzung des Vorsitzes im Ausschuss für Standortförderung und Feuerwehr gem. § 58 Absatz 5 Gemeindeordnung (GO NRW)
-----	----	--

Wie bei der Anerkennung der Tagesordnung beschlossen, ist der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

TOP	12	Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern
-----	----	--

TOP	12.1	Antrag der FDP-Fraktion vom 20.01.2023 zur Beantragung von Fördermitteln aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm XII für das Dach des Naturparkzentrums
-----	------	--

Ratsherr Euskirchen (FDP) teilt mit, dass das Dach des Naturparkzentrums dringend saniert werden müsse. Hierzu gebe es ein Förderprogramm des Bundes, welches eine Förderung von bis zu 50 % vorsieht. Co-Finanzierungen seien ebenfalls möglich. Deshalb solle diese einmalige Chance genutzt werden.

Niederschrift	11/19. Sitzung des Rates
Datum	Dienstag, 14.02.2023

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) schlägt vor, dass die Verwaltung hierzu eine Vorlage mit allen relevanten Informationen erstellt und dem Rat zur erneuten Beschlussfassung vorlegt.

Diesen Vorschlag hält Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) für sinnvoll.

Beschluss						
<p>Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm XII (DS XII), Einzelplan 04 für die Sanierung des Daches über dem Gebäude des Naturparkzentrums in Rheinbach bei der Bezirksregierung in Köln zu beantragen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung von Ratsherrn Dr. Wilmers, Ratsherrn Lüdemann, Ratsfrau Quadflieg, Ratsfrau Krupp, Ratsfrau Grünberg (alle SPD) und Ratsherrn Kramme (UWG)</p>						
	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	14	3	5	6	3	1
NEIN						
ENTHALTUNG		5	1			

TOP	13	Anfragen nach § 4 Geschäftsordnung
------------	-----------	---

Es liegen keine Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung vor.

TOP	14	Mitteilungen des Vorsitzenden
------------	-----------	--------------------------------------

Da keine Mitteilungen des Vorsitzenden in der öffentlichen Sitzung vorliegen, schließt Bürgermeister Banken den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Niederschrift	11/19. Sitzung des Rates
Datum	Dienstag, 14.02.2023

TOP	Mündliche Anfragen
-----	--------------------

Bürgermeister Banken teilt mit, die zukünftig die mündlichen Anfragen an das Ende des öffentlichen Teils der Sitzung gesetzt werden.

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) bedankt sich bei der Verwaltung, dass auch auf den Ortschaften der Verkehr kontrolliert und darauf geachtet werde und das Parken auf den Bürgersteigen unterbunden wird. Er hoffe nicht, dass aufgrund eines Zeitungsberichtes, welcher nach Meinung eines Ratsmitgliedes dies zu Problemen im fließenden führt, die Verwaltung von ihrem weiteren Vorgehen Abstand nimmt. Deshalb fragt er nach, ob die Verwaltung dies weiter beibehalten werde?

Fachbereichsleiterin Hoffmann antwortet, dass die Gehwege möglichst freigehalten werden. Sollten Hinweise auf Sicherheitsproblemen an bestimmten Stellen eingehen, werden diese in einem Verkehrstermin geprüft.

Da keine weiteren Anfragen mehr vorliegen, schließt Bürgermeister Banken die Sitzung.

Rheinbach, 13. März 2023

gezeichnet
Ludger Banken
Vorsitzender

gezeichnet
Sonja Wilhelm
Schriftführerin



CDU-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Haushaltsrede zum Haushaltsentwurf 2023

Mathias Hell

Es gilt das gesprochene Wort !

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Kohlosser,
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In den letzten beiden Jahren habe ich hier gestanden und wir alle konnten uns freuen. Wir konnten uns freuen über die positive Entwicklung des Haushaltes der Stadt und dass es uns, trotz der externen Schocks durch Corona, Hochwasser und den Ukrainekrieg, gelungen ist, die Haushaltssicherung zu verlassen.

Ehrlicherweise ist meine Freude heute getrübt. Das hat natürlich weiterhin mit den externen Herausforderungen zu tun, auf die die Stadt nur - und nur kurzfristig - reagieren kann.

Aber wir sollen heute auch einen Haushalt beschließen, der vor allem in der Finanzplanung erhebliche Unsicherheiten enthält, die zu einem nicht unerheblichen Teil auch hausgemacht sind. Ich komme später darauf zurück.

I. Das Umfeld unseres Haushalts

Rheinbach ist aus finanzieller Sicht sehr glimpflich durch die Corona Pandemie gekommen. Hatten wir 2021 noch mit 15.4 Mio. € coronabedingter Mehraufwendungen und Wenigererträgen gerechnet, sind es jetzt nur noch 4,6 Mio. €, die wir – auch daran sein erinnert – ab 2026 mit jährlich rund 90.000 € erwirtschaften müssen.

Ebenso herausfordernd – wenn auch mit vergleichbaren Unsicherheiten wie 2021 die Corona Pandemie behaftet – sind die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine: Die Verwaltung kalkuliert hier bis 2026 mit fast 12 Mio. € Mehraufwendungen, überwiegend aufgrund der gestiegenen Energiekosten. Wenn das so kommt, müssen wir ab 2026 jährlich über 300.000 € erwirtschaften; das ist schon eine andere Größenordnung!

Weitaus schlimmer hat uns das Hochwasser 2021 getroffen. Der Wiederaufbauplan der Stadt umfasste im Frühjahr 2022 fast 40 Mio. €. Noch immer werden bisher nicht erkannte Schäden identifiziert und günstiger ist es seitdem sicher auch nicht geworden.

Dennoch können wir in der Finanzplanung diese Herausforderungen noch stemmen – und das ohne Steuererhöhungen. Andere Gemeinden im Rhein-Sieg-Kreis hätten gerne unsere finanzpolitischen Probleme, dort sieht es deutlich anders aus. Wir sind weniger als andere Städte von der Grundsteuer abhängig. Rheinbachs großer Trumpf ist der weit überdurchschnittliche Anteil des Gewerbesteueraufkommens. Hier ist über dreißig Jahre eine gute und vorausschauende Politik gemacht worden.

Aber genau deshalb müssen wir auch in den nächsten Jahren weiter die Gewerbeansiedlung in den Blick nehmen, um unsere Ertragslage bei weiter steigenden Aufwendungen zu erhalten und zu verbreitern. Langfristige Ertragsperspektiven müssen der Maßstab sein und bleiben.

II. Führen über Ziele

Die Haushaltsberatungen sind ja auch immer ein guten Zeitpunkt, zurück zu schauen und sich zu vergegenwärtigen, was im letzten Jahr erreicht wurde, was nicht und wo Handlungsbedarf besteht.

Sie, Herr Bürgermeister, sagen uns, dass sie über – auch haushaltspolitische – Ziele geführt werden wollen. Das funktioniert aber nicht! Dazu zwei Beispiele:

In den Haushaltsberatungen 2022 hatte der Rat mit der Begründung der fortschreitenden Digitalisierung (übrigens auch der Ratsarbeit) den Ansatz für Kopierkosten auf ca. 28.000 € gesenkt. Mit der Vorlage zum Haushalt 2023 erfahren wir auf Nachfrage, dass in 2022 ca. 43.000 € ausgegeben wurden. Der Rat oder der Hauptausschuss wurden bis dahin nicht über die mehr als 50%ige Überschreitung informiert. Formal ist das durch die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Konten ganz sicher richtig, es entspricht aber nicht der Intention des Rates.

Weiteres Beispiel: Die Idee eines aktiven Baulandmanagements wurde durch den Rat beschlossen, Mittel wurden bereitgestellt und eine zusätzliche Stelle ab 1.10.2022 geschaffen. Außerdem wurde zum 30.06.2022 ein Sachstandsbericht beauftragt. Fortschritt? Sehen wir im Moment nicht!

Nun ist es natürlich nicht leicht, Bauland in Rheinbach zu erwerben. Das weiß jeder von uns.

Aber seit über einem Jahr überlegen Bürgermeister und Verwaltung, ob das Baulandmanagement in der Verwaltung oder in der WFEG angesiedelt werden soll. Die drängenden Themen hohe Miet- und Baulandpreise werden hier stiefmütterlich behandelt. Und ohne eine umsetzbare Gesamtidee bleiben alle vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen Stückwerk.

Wenn der Rat Änderungen zum Haushaltsentwurf beschließt, tut er das eben nicht, um ausschließlich Kompensationsmöglichkeiten aufzuzeigen oder einen zusätzlichen pro-forma Posten in den Haushalt zu integrieren. Diese Anträge sind schon Ausdruck unserer Zielvorstellungen und Schwerpunktsetzungen gegenüber der Verwaltung!

Wie wollen Sie, Herr Bürgermeister, zukünftig die Umsetzung von in die Zukunft gerichteten Ratsbeschlüssen oder ganz einfachen politischen Vorgaben sicherstellen? Ich glaube, darüber müssen wir sehr bald sehr intensiv reden!

III. Rheinbach hat ein Planungs- und Ausgabenproblem

Eigentlich sind wir in einer sehr guten Position: die Gewerbesteuererinnahmen sind stabil, sogar steigend. Wir brauchen uns absehbar keine Sorgen über ein eventuelles Abrutschen in die Haushaltssicherung zu machen.

Aber eines ist auch klar: Rheinbach hat ein Planungs- und Ausgabenproblem!

Im Zuge der Haushaltsberatungen haben wir innerhalb von acht Wochen eine Nachberatungsliste im Umfang von rund 15 Mio. € bekommen – Nachmeldungen und Korrekturen zu bereits eingeplanten Positionen. Ja, natürlich sind nicht alle diese Ausgaben haushaltswirksam. Zu einem großen Teil werden sie erstattet; manche Teilbeträge werden auch einfach nur um ein Jahr geschoben.

Trotzdem: Alle diese Investitionen müssen umgesetzt werden.

Das erleichtert uns nicht die Priorisierung oder das Setzen von Zielen! Denn: sind diese Positionen so wichtig, dass sie unbedingt in die Nachberatungsliste aufgenommen werden mussten? Oder sind sie doch so unwichtig, weil sie in der ursprünglichen Aufstellung des Haushaltsentwurfs nicht berücksichtigt wurden? Oder spielen hier externe, durch die Verwaltung nicht beherrschbare Faktoren eine Rolle? Vermutlich alles drei!

Unser Problem aber ist: Wir bekommen die vorgesehenen Investitionen nicht realisiert. Dafür gibt es eine Vielzahl von Gründen und zur Ehrenrettung der Verwaltung sei darauf hingewiesen, dass 40 Mio. € im Wiederaufbauplan Hochwasser eben kein Pappenstiel sind. Das Geld soll sorgfältig geplant und wirtschaftlich ausgegeben werden. Und gleichzeitig ist die Geduld von uns allen begrenzt, denn der Wiederaufbau einer Schule soll eben möglichst nicht 10 Jahre dauern. Deshalb muss unsere Verwaltung hier besser und schneller werden.

Der schiere Umfang der Investitionen macht uns allen Sorgen! Was wir hier heute beschließen, können wir so nicht umsetzen.

Wir haben es versucht, aber kurzfristig ist eine sachgerechte und realistische Priorisierung auf Basis der vorliegenden Informationen nicht lösbar.

Darum bin ich sehr froh, dass im HFA alle Fraktionen und die Verwaltung gemeinsam der Idee zugestimmt haben, noch in diesem Quartal beginnend die Investitionen unter die Lupe zu nehmen, zu priorisieren und Entscheidungen über den Zeitpunkt der Realisierung zu treffen. Das wird für alle ein schmerzlicher Prozess. Aber wir können ihn nur gemeinsam bewältigen.

Dass dabei etwas herauskommen kann, sehen wir an dem zukunftsorientierten Radwegenetz und da insbesondere bei der Anbindung der Ortschaften. Hier sind wir alle gemeinsam auf einem guten Weg!

Und ich hoffe, dass das auch für die Investitionen so bleibt, wenn irgendwann die schmerzlichen Entscheidungen getroffen werden müssen.

IV. Sonstige Aufwendungen

Aber es sind nicht nur die Investitionen, die uns Sorgen bereiten: Der Haushalt, den wir heute beschließen, enthält erhebliche hausgemachte Unsicherheiten. In der Nachberatungsliste sind beispielsweise Container als Interimslösung für den Schulbetrieb bis zum Wiederaufbau vorgesehen. Die damit unzweifelhaft verbundenen Betriebskosten konnten noch nicht ermittelt werden und werden uns in der Finanzplanung zusätzlich belasten.

Und augenscheinlich fehlen in der Verwaltung auch zentrale Vorgaben für querschnittliche Kosten. Für das Jahr 2023 bezahlen wir ausweislich des Haushaltsentwurfs für den Bezug von Strom mindestens 70 Cent pro Kilowattstunde. Das ist schon verdammt teuer und es sollte gelingen, für 2024 einen wirtschaftlicheren Vertrag abzuschließen. Auch das ist eine klare Erwartungshaltung unsererseits an die Verwaltung. Das hat ein Fachbereich auch so gesehen und kalkuliert für 2024ff mit sinkenden Stromkosten. Ein anderer Fachbereich tut das nicht und kalkuliert sogar mit steigenden Kosten.

Das darf doch nicht sein, auch wenn es im Ergebnis der Planung durch die Möglichkeit der Isolierung keine Auswirkungen hat. Für solche querschnittlichen Kosten erwarten wir für die Zukunft klare und verbindliche Vorgaben von Ihnen, Herr Bürgermeister!

V. Anträge zum Haushalt

Einige wenige Änderungsanträge für den Haushaltsentwurf haben wir auch in diesem Jahr gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen eingebracht. Sie sollen Schwerpunkte unserer Politik für dieses Jahr dokumentieren und insofern erwarten wir auch die Umsetzung bzw. Berücksichtigung im laufenden Haushalt!

VI. Fazit und Ausblick

Die CDU Fraktion stimmt dem Haushalt 2023 und der Finanzplanung bis 2026 mit einigen Änderungen heute zu.

Guten Gewissens tun wir das aber nur wegen der im HFA gefundenen Vereinbarung, endlich gemeinsam das größte haushaltspolitische Problem Rheinbachs anzugehen. Wie gesagt, es wird schmerzlich, aber gemeinsam haben wir die Chance, den gordischen Knoten vielleicht bis Ende des Jahres zu durchschlagen.

Die Gewerbeentwicklung in Rheinbach müssen wir weiter stützen. Dazu gehört auch, bei der Vermarktung unserer wertvollen Gewerbeflächen das zukünftige Gewerbesteueraufkommen im Blick zu behalten. Nur so können wir die Gewerbesteuer als Grundlage unseres Haushalts erhalten und die Basis vielleicht sogar noch ausbauen.

Vorsicht, Ausgabendisziplin und die Zukunftsfähigkeit Rheinbachs bleiben der Maßstab, an dem die CDU Rheinbach ihre Entscheidungen auch in den nächsten Jahren messen wird!

Haushaltsrede 2023

Nils Lenke

Stellv. Vorsitzender Fraktion B'90 / Die GRÜNEN

Zunächst ein Blick zurück auf den letzten Haushalt und ein paar Worte zum Thema „Politikverdrossenheit“. Doch in anderer Bedeutung als Sie vielleicht meinen. Nämlich: Die Politik ist verdrossen über die Verwaltung. Ja, Flut, Corona, Ukrainekrieg haben zu großen Zusatzbelastungen geführt, aber das darf keine wohlfeile Ausrede sein, alles zu ignorieren, was die Politik beschließt. Genauso schlimm ist es, wenn Beschlüsse komplett anders umgesetzt werden als beschlossen. Beispiel 1 aus dem Haushalt des Vorjahrs: Es wurde ein Beschluss zum Baulandmanagement gefasst, eine Stelle geschaffen und Mittel bereitgestellt. Aus dem Beschluss wurde in unwürdiges Pingpong zwischen Bürgermeister und WFEG, der letzte Stand scheint zu sein, dass die WFEG etwas tut, was gar nicht gefordert war. Die Stelle ist nicht besetzt und die Mittel nicht verausgabt. Beispiel: Klimaneutralität, es gibt einen Beschluss mit dem Ziel 2035 und dem Auftrag eine Arbeitsgruppe zu gründen, die einen Fahrplan aufstellt. Stattdessen trifft die Verwaltung Verabredungen im Kreis der linksrheinischen Kommunen auf der Basis des gesetzlichen Mindestziels 2045. Es ist OK, wenn der Bürgermeister in den Dialog tritt und eigene Vorschläge zur Umsetzung macht, aber Ratsbeschlüsse sind keine unverbindlichen Gedankenanstöße, wo man sich beliebige Stichwörter herauspicks und dann ganz eigene Gedanken umsetzt. Oder es meldet sich ein Investor, der eine PV-Freiflächenanlage bauen möchte, einen Beitrag zur Energiewende und Quelle zusätzlicher Einnahmen für die Stadt, und berichtet, dass er von der Verwaltung schon eine Absage bekommen hat. Und dass obwohl die Verwaltung die Politik mit dem Thema wohl nicht belasten wollte – im Ausschuss war es nie. Dabei geht es nicht um die Politiker:innen, sondern die Wähler:innen dahinter. Grüne Wähler:innen verstehen es z.B. nicht, wenn es bei Themen wie Hauptstraße und Klimaschutz nicht weitergeht. Dann setzt die Politikverdrossenheit der bekannten Art ein.

Nun zum neuen Haushalt. Zu Beginn ein Geständnis: Ich verstehe den Haushalt nicht. Nicht, weil er so umfangreich ist, sondern wegen dem was NICHT drinsteht. Von 40 Mio können bei den Investitionen nur 7-10 Mio umgesetzt werden, aber der Bürgermeister fragt NICHT nach mehr Personal im Hochbau. Die im Hochbau neu eingerichtete Stelle aus dem Vorjahr ist noch unbesetzt, aber der Bürgermeister fragt NICHT nach Höherdotierung. 20 Stellen sind dem Vernehmen nach offen, neue kommen durch den Haushalt noch dazu, BM fragt aber NICHT nach mehr Personal oder Sachmitteln in der Personalabteilung. Auch mit externen Vergaben könnte man etwas bewegen, aber der Bürgermeister fragt NICHT nach mehr Stellen in der Vergabeabteilung. Mit Bestürzung haben wir in diesem Zusammenhang zur Kenntnis genommen, dass das Verkehrsgutachten immer noch nicht vergeben ist. Wie kann das sein? Trotzdem haben wir zusätzliche Mittel für eine Einwohnerbeteiligung auf der Basis erster Ergebnisse beantragt – Thema Hauptstraße.

In den Vorgesprächen hat der scheidende Kämmerer hier etwas Wichtiges gesagt: viele Jahre war Rheinbach in der Haushaltssicherung und konnte das alles nicht tun. Und ich glaube, da ist etwas Wahres dran: Wie Spinnweben steckt die Haushaltssicherung noch in den Köpfen. Aber Rheinbach ist eben nicht mehr in der Haushaltssicherung, wir müssen gedanklich den Reset-Knopf drücken und beherzt die Chancen packen, die sich bieten. D.h.

Investieren in die Zukunft, Rheinbach fit machen für die Zukunft. Denn Chancen sind da. Die Flut hat viel Leid über Rheinbach gebracht, aber sie sorgt auch dafür, dass die Elektrifizierung der S23 beschleunigt wird, was uns noch näher an Bonn heran bringt. Und durch den Wiederaufbaufond können wir Gebäude grundlegend sanieren und einige komplett neu bauen. Dies ist eine Chance für den Klimaschutz. Und es macht auch Spaß, eine neue Schule auf der grünen Wiese bauen zu können, nach neuesten Erkenntnissen, vielleicht in Holz, da muss doch jeder mit Begeisterung dabei sein! Unverständlich, dass im ersten Entwurf die KGS Flerzheim nicht einmal finanziell abgebildet war.

Das Ganze heißt natürlich nicht, dass man das Geld aus dem Fenster schmeißt, natürlich bedeuten mehr Schulden auch höhere Zinsen, das kann einem schon etwas Angst machen. Aber: Verzögerung heißt höhere Baukosten und noch mehr Schulden und Zinsen! Die Baupreise lagen im November 2022 16,9% höher als im November 2021.¹ Wenn ich einmal 15% ansetze, bei einer Verzögerung um im Schnitt 2 Jahre heißt das, die Investitionen von 40 Mio werden uns etwa 12 Mio mehr kosten. D.h. gerade das Sparen am Personal erhöht die zukünftigen Kosten.

Und weniger Investitionen in den Klimaschutz bedeuten später höhere Ausgaben für Strom und Gas. Wo wir beim Thema Strom sind. Die Ausgaben für Strom werden 2023 drastisch steigen, weil wir unter Druck einen äußerst ungünstigen Vertrag eingegangen sind, Rheinbach wird alleine für seine Gebäude nahezu das Vierfache bezahlen, nämlich mehr als 2 Mio €. Erstaunlich ist es dann, wenn man sieht, wie E.ON als für Rheinbach zuständiger Grundversorger zur Zeit Strom anbietet: 42,22 ct/kWh bei 12 Monaten Bindung, und wenn man gar nichts tut, also in der Grundversorgung 31,774 ct/kWh². Warum wird das nicht nachverhandelt? Vielleicht hilft der Hinweis auf §138 BGB, den sogenannten Wucherparagraphen. Geschäfte sind sittenwidrig wenn a) eine Notlage ausgenutzt wird, und b) mehr als das Doppelte des marktüblichen Preises verlangt wird.³ Antwort der Verwaltung: wir „lösen“ das über die Gas- und Strompreisbremse, d.h. die Steuerzahler bezahlen, nur eben über die Bundesebene. Und der „Rest“ wird „isoliert“, d.h. unsere Kinder und Enkel zahlen über ihre Steuern dafür, dass sich ein Energieversorger dieses Jahr die Taschen vollmacht.

Klar ist aber auch - so billig wie vor dem Krieg wird es nicht mehr, daher sind Investitionen in Energieeinsparung um so wichtiger und es hilft auch dem Klimaschutz. Dem UWG Antrag auf eine zusätzliche Stelle stehen wir offen gegenüber – aber wie gesagt die Stelle aus 2022 ist auch noch nicht besetzt.

Es ist also ein gedanklicher Aufbruch nötig, doch in welche Richtung? Vor einigen Wochen konnte man ein Interview mit einer von uns allen geschätzten Mitarbeiterin im GA lesen, dort gab sie an, in Bonn zu wohnen. Dasselbe Phänomen zeigt sich, wenn man morgens am Bahnhof sieht wie unzählige Student:innen aus dem Zug steigen und zur Hochschule gehen. Wie können wir den Wettbewerb gewinnen und diese jungen Menschen dazu bringen, auch bei uns wohnen zu wollen? Verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin auch froh über die älteren Menschen, die bei uns wohnen, sie haben oft Kaufkraft, aber auch Zeit und Lust sich ehrenamtlich zu engagieren. Doch auf die Mischung kommt es an. Das Stichwort

¹ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/01/PD23_011_61261.html

² <https://www.eon.de/de/pk/strom/grundversorgung-strom/tarif.html>

³ <https://dejure.org/gesetze/BGB/138.html>, <https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/vertraege-reklamation/kundenrechte/wucher-wann-ist-ein-preis-zu-hoch-51981>

„bezahlbarer Wohnraum“ erklärt es alleine nicht. Ja das ist ein Grund, und da kommt dann wieder das Baulandmanagement ins Spiel, das uns erlaubt zu steuern, was und wie gebaut wird. Aber da ist noch mehr, denn Bonn ist nun auch nicht gerade als billiges Pflaster bekannt. Stichwort Digitalisierung: Das Leben der Generationen Y und Z ist heute digital: kein Auto besitzen, aber über eine App monatlich abonnieren oder Car-Sharing nutzen, Kochzutaten nach Hause bestellen, den Fitness-Coach online zu sich nach Hause holen, Musik und Videos streamen, alles heute völlig normal. Nach Deutschland kommende Fachkräfte, aus Indien, Russland und anderen Ländern zeigen sich entsetzt; sie hatte erwartet, in ein Industrieland zu kommen, und dann ist es stattdessen ein Marathon von Papier und Behördengängen, um sich in D anzumelden oder ein Konto einzurichten. So gewinnt man den Wettbewerb um die Talente nicht.

Und in Rheinbach? Wo ist der Online-Ferienkalender (Antrag CDU/Grüne), wo die City-App, die versprochen war? Was ist mit dem Online-Zugangs-Gesetz - zur Erinnerung, CDU und Grüne hatten beantragt, dass zumindest die Module, die bei den Nachbarn schon online sind, bei uns auch in Dienst genommen werden. Dass Apps angenommen werden, sehen wir an der Meldeo-App. Das Ziel muss sein: Ganz Rheinbach in einer App!

Digitalisierung hat neben der Wirkung nach außen aber auch einen Effekt nach innen. Richtig gemacht, kann sie Abläufe beschleunigen und Ressourcen freisetzen. Dabei muss niemand um seinen Job fürchten, Arbeit ist genug da, den Weiterbildungsetat haben wir trotz vorgeschlagener hoher Steigerung unverändert gelassen.

Digitalisierung muss man aber eben richtig machen, nicht so wie die Länder es beim Bafög vormachen:

„Zwar kann seit September 2021 mit BAföG-Digital in allen Bundesländern der Antrag online gestellt werden. Doch dann beginnen die Probleme. Laut dem Dachverband der bundesweit 57 Studenten- und Studierendenwerke hat die digitalisierte BAföG-Antragstellung "in der Praxis fatale Folgen". "Die BAföG-Ämter der Studierendenwerke müssen die online eingereichten BAföG-Anträge der Studierenden händisch ausdrucken. Die Drucklast in den BAföG-Ämtern ist so hoch, dass dafür eigens zusätzliches Personal eingestellt werden muss: um digitale Anträge auszudrucken.“⁴

Wie es richtig geht, zeigen Krankenversicherungen, wo viele Geschäftsprozesse durch sogenannte „Dunkelverarbeitung“ bereits vollautomatisch ablaufen. Und das geht auch in der Verwaltung, es gibt dafür sogar schon eine gesetzliche Grundlage:

„Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), § 35a Vollständig automatisierter Erlass eines Verwaltungsaktes. Ein Verwaltungsakt kann vollständig durch automatische Einrichtungen erlassen werden, sofern dies durch Rechtsvorschrift zugelassen ist und weder ein Ermessen noch ein Beurteilungsspielraum besteht.“

Daher unsere erneute Kürzung der Kopierkosten. Nicht um die 5000€ einzusparen, sondern um einen Analyse-Prozess auszulösen. Alle Ratsmitglieder sind mit Tablets ausgestattet worden, die Kopierkosten stiegen trotzdem deutlich. Die Verwaltung verweist jetzt auf die Schulen, aber auch die wurden aus den diversen Förderprogrammen geradezu mit Tablets und anderer Hardware überschüttet. Wenn trotzdem mehr gedruckt und kopiert wird, läuft irgend etwas schief. Ein Indiz, wie groß das Defizit bei der Digitalisierung ist.

Kommen wir zurück zum Klimaschutz, auch das ein Thema, das die Jüngeren brennend interessiert, denn sie werden die Versäumnisse von heute ausbaden müssen. Daher beantragen wir zusätzlich zu den 375.000€ von der Verwaltung im Haushalt vorgesehenen

⁴ <https://www.tagesschau.de/investigativ/funk/studenten-bafog-digitalisierung-buerokratie-101.html>

Mitteln für energetische Sanierungen wieder weitere 50.000€ . Die Hauptaufgabe muss es sein, diese Mittel in 2023 auch bis zum letzten Cent auszugeben. Wenn daher die Verwaltung in einer Vorlage zu den Mitteln für ein Nahwärmekonzept schreibt „kann ruhen“ – dann sagen wir: Nein, kann es nicht! Der Klimawandel ruht nämlich auch nicht. Und auch die seit langem angemahnte Inventur der Dächer, die für PV geeignet sind, muss in diesem Jahr endlich erfolgen. Außerdem haben wir Gelder eingeplant, damit die Stadt bei einer zu gründenden Energiegenossenschaft mitmachen kann, die dann zum Beispiel diese Dächer nutzen könnte. Den ähnlich gelagerten SPD-Antrag begrüßen wir daher, allerdings ohne die Festlegung auf Wind im Wald.

Andere Themen kann ich aus Zeitgründen nur noch kurz streifen: Unsere wachsende Museumslandschaft, mit dem Herzstück Glasmuseum als identitätsstiftendem Element in Rheinbach liegt uns am Herzen, daher möchten wir die Leitung wieder ausreichend dotiert mit einer Fachkraft besetzt sehen. Den Freizeitpark möchten wir, wie letztes Jahr von CDU und Grünen beantragt, aufwerten. Dafür möchten wir 40.000€ einplanen.

Mit diesen Änderungen werden wir dem Haushalt 2023 zustimmen. Nicht weil wir glauben, dass er perfekt ist. Im Gegenteil er ist ein in Papier gefasstes Statement des „Weiter so“ und wird dem Aufbruch nicht gerecht. Doch glauben wir, dass die eigentliche Aufgabe sein wird, im Rahmen dieses Haushalts die skizzierten Aufgaben voranzutreiben. Dabei werden wir die Verwaltung engmaschig begleiten. Weitere Änderungen, etwa beim Stellenplan, können nach Bedarf unterjährig vorgenommen werden.

(es gilt das gesprochene Wort)

Haushaltsrede Dr. Wilmers 2023

für die Fraktion der SPD im Rat der Stadt Rheinbach

es gilt das gesprochene Wort!

Sieht man sich die Situation um Rheinbach herum an, so hört und liest man allenthalben übergewichtige Haushaltsprobleme und dass man in die Haushaltssicherung rutscht oder rutschenkönnte.

Ganz anders in Rheinbach.

Der Jahresabschluss 2021 endete mit einem Überschuss von 7,5 Millionen. Auch für 2022 rechnen wir mit einem gegenüber der Planung erhöhtem Überschuss.

Wir haben wieder Millionen in der Ausgleichsrücklage, die jahrelang leer war. Die Haushaltssicherung haben wir hinter uns und aktuell keinen Anlass, über Erhöhungen von Grund- und Gewerbesteuer nachzudenken, die Hebesätze bleiben im dritten Jahr unverändert. Das ist gut so.

Die Schulden konnten in den letzten Jahren trotz vieler Krisen deutlich um etwa 30% reduziert werden. Insbesondere die Liquiditätskredite, bei denen ein hohes Zinsrisiko besteht, wurden abgebaut: Nach dem Höhepunkt von 56,5 Mio Euro Ende 2016 betrugen die Liquiditätskredite Ende 2022 nur noch rund 25 Mio. Eine Reduzierung um mehr als die Hälfte sechs Jahren. Über 30 Mio Euro weniger Überziehungskredit, für den wir jetzt keine deutlich steigenden Zinssätzen mehr zahlen müssen.

Ein großartiges Erbe, das uns der scheidende Kämmerer Herr Kohlosser hier hinterlässt. Ihm und seinen Mitarbeiter*innen möchten wir nicht nur dafür danken, sondern auch für die ungeheure Fleißarbeit, die nötig ist, um es uns als Rat möglich zu machen, heute den Haushalt für 2023 zu verabschieden. Überschüsse werde erzielt, Schulden abgebaut, und das alles trotz Corona-Krise, trotz der furchtbaren Flut 2021, trotz der Folgen des Kriegs in der Ukraine mit Energiekrise und Flüchtlingsunterbringung. Klingt richtig gut!

Trotzdem gibt es da ein mulmiges Gefühl.

Kommt das dicke Ende noch? Wurde die Infrastruktur in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt, was sich später rächt?

Schon 2023 sind für den Gebäudeunterhalt über 2 Mio mehr veranschlagt, was aber nicht so sehr daran liegt, dass unterlassene Unterhaltsmaßnahmen nachgeholt werden. Es liegt in erster Linie an den drastischen Preissteigerungen für Strom und Wärmeenergie.

Guckt man auf die Investitionen, wird einem fast schwindlig. 20 Mio sind im Entwurf vorgesehen, den wir Ende 2022 erhalten haben. 10 Mio wurden im Januar mit einer Änderungsliste nachgeschoben. Und weitere knapp 10 Mio wurden vom Vorjahr übertragen, weil Maßnahmen angefangen, aber in diesem Umfang letztes Jahr noch nicht fertig gestellt wurden. Das sind summa summarum fast 40 Mio, zu deren Umsetzung wir den Bürgermeister mit seiner Verwaltung ermächtigen!

Guckt man sich an, was in der Vergangenheit umgesetzt werden konnte, so stellt man fest, es waren immer weniger als 9 Mio. 2021 betrug die Umsetzungsquote bei den Investitionen nur 27%, für 2022 liegt das Ergebnis noch nicht vor, die hohen Übertragungen lassen aber keine Verbesserung vermuten. Normal sollten es deutlich über 60% sein. Wenn man es dieses Jahr schafft, einen neuen Umsetzungsrekord mit gut 10 Mio aufzustellen, wird man dennoch die extrem niedrige Umsetzungsquote von 2021 unterschreiten. Da fragt man sich: Was soll das? Offenbar schieben wir seit Jahren einen gewaltigen Investitionsstau vor uns her, hier kommt das dicke Ende also teilweise noch.

Und getrickst wird auch noch. Nicht von der Stadt, aber von der Landesregierung:

Flutschäden sind nicht als Aufwand zu buchen, sondern es wird mit dem Wiederaufbau dann einfach alt gegen neu getauscht.

Dann die sogenannten Isolierungen im Haushalt, bei denen der entstandene Aufwand durch einen fiktiven Ertrag neutralisiert wird, der später über zig Jahre abgeschrieben werden soll: Das gilt für Aufwendungen durch Covid, den erhöhten Energiekosten und Kosten, die sich durch den Ukrainekrieg für die Kommunen zusätzlich ergeben. Das ist nichts anderes als ein Taschenspielertrick, mit dem Lasten in die Zukunft verschoben werden. Die nachfolgende Generation soll das ausbaden. Das empfinden wir als geradezu unanständig und sollte nicht weiter Schule machen.

Es stellt sich neben der Verlagerung von Lasten in die Zukunft zudem die Frage: Geben wir so wenig aus, weil wir uns hier im Rat nicht einig sind, welche Prioritäten es für die Zukunftsentwicklung unserer Stadt gibt und man sich deshalb darauf beschränkt, die Pflichtaufgaben so gut es geht zu erfüllen und die Krisen zu bewältigen?

Wird zu wenig für die Zukunftswicklung unserer Stadt getan?

Bei der Gewerbeflächenentwicklung sind wir uns seit Jahren einig und haben den Wolbersacker neu erschlossen. Belohnt werden wir durch stark gestiegene Gewerbesteuererinnahmen.

Bei der Wohnflächenentwicklung gibt es leider keine Einigkeit, wie wir es hinbekommen, das Handlungskonzept Wohnen Rheinbach 2030 umzusetzen. CDU und Grüne wollen auf Biegen und Brechen unbedingt Flächen komplett kaufen, bevor sie als Bauland ausgeplant werden. 1 Mio zusätzlich wurden dafür letztes Jahr in den Haushalt als Startkapital bereitgestellt. Was ist daraus geworden?

Nichts! Und dieses Jahr wird darauf verzichtet, den entsprechenden Titel zu verstärken, wohl weil man erkennt, dass es so nicht funktioniert. Lassen Sie uns weiter überlegen, ob nicht ein kooperatives Baulandmanagement besser ist, bei dem die Eigentümer*innen in Optionsverträgen zwar auf einen Teil ihrer Flächen zu Gunsten der Stadt verzichten müssen, aber mit dem Rest als Bauland ihre Ziele umsetzen können. Und dafür muss man auch nicht Kapital in großer Höhe vorab einsetzen und binden und Schuldzinsen dafür zahlen.

Und beim Verkehr? Von einer Verkehrswende in Rheinbach bislang keine Spur. Wenn Straßen umgebaut werden, werden die Fahrbahnen für den Kfz-Verkehr breiter und Straßenraum für den Radverkehr fällt weg, wie in der Turmstraße, oder die Bürgersteige für den Fußverkehr werden schmaler wie beim Umbau der Bushaltestelle in der Gymnasiumstraße oder wie es beim Umbau der Straße vor dem Voigtstor Planungsstand ist.

Aber nu könnte sich etwas tun! Sieht man sich den Haushalt 2023 an, kann sich beim Verkehr endlich etwas zum Positiven entwickeln, nämlich beim Radverkehr.

Die SPD begrüßt es außerordentlich, dass in diesem Bereich gemeinsame Lösungen entwickelt wurden, die dieses Jahr umgesetzt werden sollen.

Die Förderung des Radverkehrs ist uns Sozialdemokrat*innen aus zwei Gründen besonders wichtig: Erstens hat der Klimaschutz für die SPD eine überragende Bedeutung. Auch Rheinbach muss im Rahmen seiner Möglichkeiten einen Beitrag dazu leisten. Darüber sind wir uns einig, konnten aber noch kein Klimaschutzprogramm beschließen, obwohl wir das seit 2020 wollen. Sondern beschließen hier ein paar Millionen für den Klimaschutz beim Neubau der Erweiterung des Betriebshofes und dort ein bisschen Fassadenbegrünung und fledermausfreundliche Beleuchtung bei Bebauungsplänen.

Aber alles ohne mögliche Maßnahmen in ihrer Kosten-Wirkungsrelation gegeneinander abzuwägen und zu priorisieren. Das kommt erst noch. Oder auch nicht, denn die CDU hat kürzlich mitgeteilt, die Zeit der Grundsatzbeschlüsse sei in dieser Wahlperiode vorbei.

Guckt man statt in das noch nicht vorhandene Klimaschutzprogramm in das städtische Handlungskonzept Klimaschutz von 2010, so ist dort in einer zweiseitigen Liste von Maßnahmen die Maßnahme mit der größten Klimaschutzwirkung die Förderung des Fuß- und Radverkehrs.

Die Förderung des Radverkehrs ist zudem die Chance, die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Stadt zu verbessern, denn wenn mehr kurze Fahrten in der Stadt mit dem Rad statt mit dem Auto zurückgelegt werden, dann haben alle etwas davon: Die Menschen im öffentlichen Raum fühlen sich außerhalb der Blechkisten deutlich wohler, wenn es weniger Autoverkehr gibt. Umwelt und Natur profitieren von weniger Lärm und Belastung durch Abgase. Und selbst die verbleibenden Autofahrer*innen freuen sich, dass es weniger Staus und mehr freie Parkplätze gibt.

Ein gut nutzbares und für alle sichtbares und damit einladendes Radverkehrsnetz wäre ein Fortschritt in unserer Stadt, der wahrgenommen und spürbar wird. Daher freuen wir uns, dass der Rat einstimmig beschlossen hat, den Radroutenring in der Kernstadt in wichtigen Abschnitten dieses Jahr herzustellen und zusammen mit den Radverkehrsverbindungen der Ortschaften auszuschildern. Am Jahresende werden wir hoffentlich überall sehen, dass sich in Rheinbach etwas bewegt und verändert hat, von dem alle profitieren.

Um dies zu unterstreichen, haben wir zusätzlich beantragt, 20.000 Euro gezielt für die Nullabsenkung von vorhandenen Bordsteinen und Schwellen auf Radwegen einzusetzen, um Fortschritt auch im Kleinen fühlbar und sichtbar zu machen.

Zudem hat der Bürgermeister zugesagt, die Stelle einer Radverkehrsbeauftragten, die er Ende letzten Jahres für dringend notwendig erklärte, im vorhandenen Stellenplan nach Einrichtung zweier zusätzlicher Stellen im Sachgebiet 60 kenntlich zu machen. Das begrüßen wir und danken dem Bürgermeister für diese Zusage.

Neben dem Radverkehr haben wir die Voraussetzungen im Haushalt schaffen, dass die Stadt Rheinbach Mitglied einer Genossenschaft werden kann, mit deren Hilfe Windenergie in Rheinbach gewonnen wird, deren Erträge den Menschen vor Ort zu Gute kommen. Unsere Vorstellungen gehen in die Richtung, auf Kalamitätsflächen im Stadtwald ein oder mehrere Windräder zu errichten, deren gewonnene Energie von den Mitgliedern der Genossenschaft entweder selbst verbraucht werden

kann, wenn das bis dahin möglich ist, oder die von den finanziellen Erträgen der Windräder vorrangig profitieren. Anders als bei Windrädern in der Konzentrationszone, bei denen in erster Linie ortsfremde Unternehmen und wenige private Grundeigentümer profitieren.

Wir hätten auch gerne etwas im Bereich der KiTa-Beiträge gemacht, um Familien mit kleinen Kindern zu entlasten. Aber aus rechtlichen und anderen Gründen geht das, was wir uns vorstellen, nicht. Daher der Appell – jetzt nur der SPD, eine Mehrheit im Rat fand sich dazu nicht - an die LReg, das angekündigte dritte beitragsfreie KiTa-Jahr jetzt umzusetzen und so auch den allergrößten Teil der Erhebungs- und Abrechnungsbürokratie für die Elternbeiträge obsolet zu machen.

Zudem appellieren wir, auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen mit der gewaltigen damit verbundenen Abrechnungsbürokratie zu verzichten, die durch einen zusätzlichen Fördertopf vor kurzem noch größer wurde. Wir brauchen nicht mehr Bürokratie, sondern eine echte Entlastung, auch in finanzieller Hinsicht, für Kommunen und Bürgerinnen und Bürger.

Und wir appellieren, es möglich zu machen, dass Rheinbacher Kinder nicht länger in Rheinbacher weiterführenden Schulen abgelehnt werden müssen zu Gunsten auswärtiger Schüler mit der Folge, dass die Rheinbacher Kinder zu auswärtigen Schulen fahren und wir die Kosten dafür zahlen müssen, was im Etat 2023 zu deutlich gestiegenen Kosten beim Schülerspezialverkehr führt.

Die Konsequenzen aus den beauftragten Analysen des Flutgeschehens 2021 schlagen sich im Haushalt 2023 nicht nieder, weil die Analysen erst dieses Jahr vorgelegt werden. Da kann auch noch einiges auf uns zukommen. Deshalb ist es gut, dass wir den Haushalt nicht mit neuen Maßnahmen und Zielen überfrachten, sondern uns in 2023 zurückhalten, um ab 2024 die notwendigen Konsequenzen auch in den Haushalten der Folgejahre ziehen zu können.

Wir begrüßen es als SPD-Fraktion ausdrücklich, dass sich alle Fraktionen bei der Haushaltsgestaltung 2023 zurückgehalten haben und ihre politischen Ziele vorrangig in Worten und eher symbolischen Anträgen zum Ausdruck bringen und stimmen dem Haushaltsentwurf in der Endfassung zu. Allerdings sollte in der Haushaltssatzung in § 1 von 2023 statt von 2022 die Rede sein.

UWG Rheinbach - Haushaltsrede 2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Banken, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Rates, liebe Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Damen und Herren der Medien,

Corona, Flut und Ukrainekrieg waren und sind noch immer die unsere Gedanken und fiskalischen Grundlagen bestimmenden Faktoren. Die bereits 2021 einsetzende und von den Auswirkungen der Pandemie und Lieferkettenunterbrechungen beeinflusste Inflationsentwicklung wurde durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die sich daraus entwickelnde Energiekrise deutlich verstärkt. Im Oktober 2022 lag lt. statistischem Bundesamt die Inflationsrate bei 10,4 %. Dabei sind die Verbraucherpreise für Energie gegenüber dem Vorjahr um 43 % und die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel um 20,3 % gestiegen. Für Februar 2023 nennt das statistische Bundesamt 8,4 Prozent. Darüber hinaus werden die Fluchtbewegungen aus der Ukraine ebenso wie aus anderen Regionen die Sozialausgaben einschließlich der Aufwendungen für die Integration deutlich steigen lassen. Die unbeeinflussbaren Kostentreiber des Haushaltes sind nach wie vor unverändert: Soziale Leistungen, Schul- und Jugendbereich, Flüchtlinge/Asyl. Hier werden Ausgabensteigerungen kommen.

Weitere erhebliche Kosten sind für die Kreisumlage, Straßen und Abwasserbeseitigung einzuplanen.

Auch der anstehende Tarifabschluss im öffentlichen Dienst von 7-8 Prozent dürfte unsere Kommune mit mehr als einer Million Euro zusätzlich belasten.

Trotz all dieser Widrigkeiten liegt uns wieder ein ausgeglichener Haushalt vor. Dafür gebührt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, dem Verwaltungsvorstand und dem Bürgermeister unser Dank.

Ein besonderer Dank gilt unserem Kämmerer Walter Kohlosser und seinem Team, der uns wie in jedem Jahr mit klugen und gewissenhaften Finanzansätzen ein solides Haushaltsbauwerk vorgelegt hat. Allerdings gibt die Summe der Investitionen in den Jahren 2023 bis 2026 Anlass zu Besorgnis. Wenn diese Ausgaben wie eingeplant erfolgen würden, läge die Verschuldung der Stadt einschließlich der Kassenkredite in 2025 bei

ungefähr 150 Millionen Euro. Bei einem Zinssatz von 4 Prozent würden dann 6 Millionen Euro jährlich an Zinsen fällig, gleichzeitig mit hoher Inflation und steigenden Baukosten. Darüber hinaus erscheint es nicht möglich, dass die Abarbeitung von Investitionen mit einem Volumen von jährlich mehr als 40 Millionen für den Zeitraum 2023 bis 2025 verwaltungstechnisch zu bewältigen ist. Sie kann auch von den ausführenden Betrieben kaum geleistet werden. Wir haben deshalb im Zuge der Haushaltsberatungen angeregt, die einzelnen Vorhaben gemeinsam zu priorisieren und zeitlich zu strecken. Erfreulicherweise wird sich demnächst eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Parteien und Verwaltung konstituieren, um gemeinsam Lösungen zu suchen und diese unseren Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln.

Unser Haushalt wird durch die vielfältigen Krisen deutlich belastet. Umso sorgfältiger muss bei der Übernahme neuer Aufgaben und der Umsetzung der Projekte abgewogen werden, ob den aus den Entscheidungen folgenden steigenden Aufwendungen mindestens in gleicher Höhe steigende Erträge gegenüberstehen. Andernfalls ist eine Rückkehr in die Phase der Haushaltssicherung und die Pflicht zur Aufstellung von Haushaltssicherungskonzepten höchst wahrscheinlich. Angesichts der zumindest mittelfristig steten Zunahme der Risiken ist die Fortsetzung eines konsequenten Sparkurses unverzichtbar, um künftige Hebesatzanpassungen bei den Gemeindesteuern soweit wie möglich zu vermeiden. Es bedarf daher weiterhin äußerster Ausgabendisziplin. Jeder Euro wird bitter nötig sein, um weiterhin einen ausgeglichenen Haushalt zu halten.

Im Jahr 2023 stehen wichtige Investitionen an. Zu den größten Projekten gehören die neue 3-fach-Turnhalle, die Erweiterung der Gesamtschule, der Neubau der Turnhalle und Grundschule in Flerzheim, die Erweiterung des Betriebshofes und die geplante neue Feuerwache im Industrie- und Gewerbegebiet Wolbersacker.

Die UWG begrüßt diese Investitionen ausdrücklich. Alle weiteren Investitionen sind erforderlich, bedürfen aber einer Priorisierung, um sie geordnet abarbeiten zu können.

Meine Damen und Herren,

vor uns allen liegen zahlreiche Herausforderungen. Sie sind auch für unser heimisches Gewerbe eine Herkulesaufgabe. Wir hoffen, dass Handel und Gewerbe weiterhin prosperieren und das Gewerbesteuer-aufkommen weiterhin ansteigt.

Eines unserer strategischen Ziele 2030 lautet: „Steigerung des Erlebniswertes, der Attraktivität von Aufenthalt, Einkauf und Begegnung“.

Dieses Ziel gilt es weiter nachdrücklich zu verfolgen, damit die positive Aufenthaltsqualität und das gute Image unserer Stadt auch künftig für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie für Besucher von außerhalb und für den Tourismus gesichert werden kann und ansässige Unternehmen davon ebenfalls profitieren.

Der Wirtschaftsstandort Rheinbach ist durch weitere Ansiedelung nachhaltig wirtschaftender und zukunftssicherer Unternehmen im Gewerbegebiet Wolbersacker zu stärken.

Die Erarbeitung von Grundlagen zur Schaffung von Wohnraum aller Art in Rheinbach hat höchste Priorität. Hierunter fällt auch die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Rheinbacher Bürgerinnen und Bürger mit geringeren Einkommen. Entsprechende Anträge wurden von der UWG eingebracht.

Wir werden auch künftig auf eine ausgewogene Baulandpolitik achten, um allen Generationen und Bevölkerungsgruppen ein adäquates Zuhause zu ermöglichen.

Die Themen „Gewerbeansiedlung“ und „Schaffung von Wohnraum“ ziehen das Thema Verkehrsführung nach sich. So sehen wir die Erstellung des von der UWG beantragten Verkehrskonzeptes als zwingend geboten. Den Bau einer südlichen Entlastungsstraße sowie die Verkehrsberuhigung der Rheinbacher Innenstadt erachten wir als prioritär.

Dieser Haushalt trägt nicht die Handschrift irgendeiner Fraktion. Er ist maßgeblich durch die Krisen und die Entscheidungen auf Bundes- oder Landesebene mit geprägt. Wir haben durch diese Ebenen verursachte Lasten zu tragen.

Zum Abschluss bedanke ich mich für die UWG nochmals beim Bürgermeister für das bisher Geleistete. Ein besonderer Dank gilt der Kämmerei, die diesen Haushalt unter Leitung des Herrn Kohlosser mit viel Fleiß und Sachkenntnis aufgestellt hat. Ein Dank an die Presse für die sicherlich ausgewogene Berichterstattung und an alle Kolleginnen und Kollegen im Rat. Wenn wir im Rat und den Ausschüssen auch nicht immer einer Meinung sind, so arbeiten wir doch gemeinsam an dem Ziel, Rheinbach als eine lebens- und liebenswerte Stadt zu erhalten und behutsam weiterzuentwickeln. Gemeinsam mit unserem Bürgermeister

Ludger Banken, der Verwaltung und allen engagierten Bürgerinnen und Bürgern werden wir dies auch schaffen. Die UWG wird dazu sehr gerne ihren Beitrag leisten.

Alle Planungen und Ansätze der Haushaltssatzung sind plausibel und ausgewogen. Die UWG ist besonders erfreut, dass weitere Steuererhöhungen nicht vorgesehen sind und stimmt dem vorliegenden Haushalt 2023 vollumfänglich zu.

Wir hoffen, dass alle Fraktionen diesen Schritt mitgehen können. Besonders in schweren und fiskalisch unsicheren Zeiten gilt es, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!